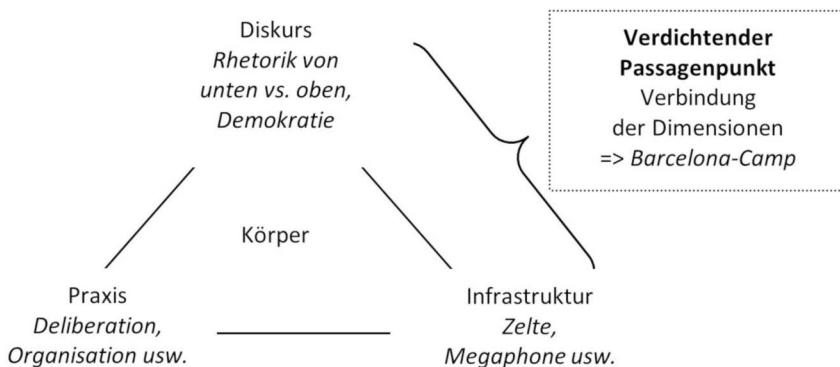


geknüpfte Freundschaften. Auf dem Platz entstehen Ansätze einer, mit Butler (2016: 120) gesagt, solidarisch geprägten Form der Soziabilität.

Freilich bleibt die Dimension des Körpers in diesem Kapitel eher angekündigt als analytisch erfasst. Das kommende ethnographische Kapitel wird diese somatische Ebene stärker ins Visier nehmen. Einmal aber war in der Diskursanalyse von unten die Relevanz des Körpers erkennbar, nämlich *ex negativo* beim Räumungsversuch der Polizei am 27. Mai 2011. Die Stärke, mit der sich die herrschende Ordnung bemerkbar macht und mit der sie die Praktiken auf dem Platz verunsichert, erklärt sich besonders dadurch, dass die Staatsgewalt nicht nur semantisch, sondern körperlich, als Knüppelschlag oder Gummigeschosse auf die (nackte) Haut erfahrbar wird. Der besetzte Platz wird damit erkennbar als ein Ensemble von verletzbaren Körpern, die Gewalt erleiden, sich aber auch gemeinsam dieser Gewalt widersetzen können.

Bevor der nächste Schritt auf diese Gewalt eingeht, hält das Schaubild fest, wie die Protestcamps der Indignados als verdichtende Passagenpunkte fungieren:

Abb. 13: Das Diskursgefüge der Empörung am Beispiel des Protestcamps in Barcelona im Frühjahr 2011



### 4.3 Antagonismus: Eliten und Ordnungsgewalt

Sowohl die politische Diskursanalyse als auch die Diskursanalyse von unten stellen heraus, dass sich der protagonistische Empörungsdiskurs durch eine antagonistische Spaltung artikuliert. Ein unterdrücktes, aber souveränes »Volk« (*pueblo*) wird gegenüber den Eliten in Stellung gebracht und fordert deren Vormachtstellung heraus. Im Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« oder den Forderungskatalogen der Puerta del Sol und der Plaça Catalunya, werden generisch »Politiker, Geschäftsleute und Banker« als »korrupte Eliten« delegitimiert. Diese Elitenkritik setzt auf der antagonistischen Seite zwei Kollektive äquivalent: Berufspolitikerinnen und das Führungspersonal der freien Marktwirtschaft. Ferner wird die Vorherrschaft der beiden tradierten Volkparteien, dem sozialdemokratischen PSOE und dem konservativen PP, kritisiert, die unternehmerischen Praktiken in Frage gestellt oder, etwa in der Hauptversammlung des Barcelona-Camps am 22. Mai

2011, die Abschaffung der »Privilegien der politischen Klasse« gefordert (Kap. III.3.b). Stets wird mit allgemeinen rhetorischen Figuren eine *Zweiteilung* sozialer Verhältnisse betrieben. Diese radikal vereinfachte Gesellschaftsvision bietet zwar ob ihrer Personalisierung deutliche Anknüpfungspunkte für gruppenbezogene Ressentiments, 2011 und in den Folgejahren fungiert sie aber (noch) als breite Identifikationsfläche für einen Anti-Establishment-Diskurs, der einen egalitären Gegenentwurf lanciert.<sup>52</sup>

Die Stilisierung der politisch-ökonomischen Eliten zum Kontrahenten eines neuen *peueblo* fungiert nicht nur als Ermächtigungsvehikel, sie ist desgleichen eine potentiell entmachtende Instanz. Es gilt das Motto von Laclau/Mouffe: Der Antagonismus konstituiert den Diskurs und bedroht ihn zugleich (Kap. I.1.c). Die Eliten bleiben eine mächtige Instanz, in der sich die politische und ökonomische Macht bündelt. Das asymmetrische Verhältnis zwischen unten und oben wird in Manifesten wie Protokollen immer wieder betont. Die Figur der Eliten erscheint als übermächtiger Garant einer Ordnung, gegen die man sich zwar empören kann, die sich aber nicht ohne weiteres stürzen lässt. So geschieht im Empörungsdiskurs etwas, was *nicht* ins Bild des populären Bruches passt. Der reformistische Strang der Indignados optiert für eine *immanente* Kritik am Ist-Zustand, er misst diesen an seinen eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen. Vor allem die Artikel der im Jahr 1978 verabschiedeten Verfassung Spaniens, in der soziale Rechte (etwa auf Wohnen, Arbeit oder Gesundheitsversorgung) postuliert werden, fungieren als Maßstab, um kontrafaktisch die bestehende Ordnung an ihren nicht eingelösten Grundsätzen zu kritisieren. Diese immanente Kritik ist eine strategische Diskursbewegung, sie ist aber gleichermaßen ein implizites Bekenntnis dazu, dass die kritisierte Ordnung normative Gehalte enthält, die das gegenhegemoniale Projekt übernimmt.<sup>53</sup> Es ist auch eine Form, sich die eigene Schwäche implizit einzugestehen: Die etablierte Ordnung wird sich nicht leicht stürzen, der umfassende Neuanfang bestenfalls partiell verwirklichen lassen.

Der populäre Bruch bleibt insofern unvollkommen, ja bruchstückhaft, als er einen tief sedimentierten Antagonisten konfrontiert.<sup>54</sup> Die Ordnung, die im spaltenden Empörungsdiskurs als Oligarchie abgetan wird, ist in allen Poren der spanischen Gesellschaft präsent, sie *ist* zu großen Teilen diese Gesellschaft. Die Hegemonie, die in Spanien seit Jahrzehnten sedimentiert, ist die Kultur der Transition. Sie prägt das politische System im engen Sinne und den Staatsapparat im weiten. Auf ihn kommt es hier an. Der Staat erweist sich als Verdichtung von Kräfteverhältnissen. In ihm spiegeln sich die asymmetrischen Kräfteverhältnisse, welche die Gesellschaft in ihrer Gänze bestimmen. Der Staat panzert, mit Gramsci (2012: 2195) gesagt, eine bestimmte Hegemonie, er bildet

52 Diese Elitenkritik ist zwar im Untersuchungszeitraum (2011 bis 2016) noch links gepolt, sie kann jedoch prinzipiell auch eine rechtspopulistische Reartikulation erfahren, was ab 2018 auch geschieht (Kap. VII.2.b).

53 Eine analoge immanente Kritik an der geltenden Ordnung, die ebenfalls die vornehmlich progressiven und nicht verwirklichten Verfassungsartikel verteidigt, artikuliert ab 2018 die Linkspartei Podemos. Bezeichnenderweise tut sie das *nach* ihrer in dieser Studie analysierten populistischen Hochphase (2014 bis 2016), als ihre Unterstützung bereits erodiert und sich Podemos als möglicher Juniorpartner der Sozialisten in Stellung bringt (Kap. VII.2.c).

54 Dies blenden kritische Diskursanalysen oftmals aus, weil sie sich auf die Binnenperspektive gegenhegemonialer Diskurse beschränken und deren Antagonisten unberücksichtigt lassen (etwa Marchart 2013b: 138–188).

mit ihr eine »geschichtliche Einheit«. Damit sorgt der Staat für eine strategische Selektivität (Jessop), die gegenüber gewissen Konflikten responsiv bleibt, während sie andere marginalisiert. Und gerade mit solch einer Marginalisierung reagiert der spanische Staat im Frühjahr 2011 gegenüber den Indignados.

Nicht die im engen Sinne politische Responsivität auf die Proteste steht in diesem Kapitel im Zentrum, sondern eine Reaktion des Staates auf sie.<sup>55</sup> Auf die Besetzung der Plaça Catalunya und seine Verwandlung in ein Protestcamp reagiert die katalanische Regionalregierung mit einer Härte, die selbst gemäßigte Medien als überzogen verurteilen. Das Zeltlager wird vom letztlich gescheiterten Räumungsversuch der Polizei tief verunsichert. Nach dem Räumungsversuch ist allseits klar, »dass die Besetzung des Platzes nicht von Dauer sein konnte« (Interview Carles, 11.11.2016). Die Ordnungsgewalt weist den Ermächtigungspathos der Empörung in seine Grenzen. Der Polizeieingriff konfrontiert die Indignados mit einer *Gewalt*, die sich mit Lindemann (2017: 64) definieren lässt als »vermittelte Unmittelbarkeit, d.h. als unmittelbare leibliche Interaktion, die auch technisch vermittelt sein kann und zugleich symbolisch vermittelt [wird]«. Die Polizeigewalt ist für die Protestierenden eine unmittelbare körperliche Erfahrung, und also solche fungiert sie als Zeichen dafür, dass die Platzbesetzung die geltende Ordnung tatsächlich herausforderte. In diesem Sinne erklären sich auch die ambivalenten Reaktionen gegenüber dem In-Erscheinung-Treten des Staates (Kap. III.3c). Nach dieser Aktion steht fest, und zwar in ganz Spanien, dass die neue Gegenhegemonie der Empörung wahrhaft die tradierte Ordnung konfrontiert. Der radikalere Flügel der Indignados lässt sich auf diese Konfliktsituation ein und deutet sie als Bestätigung dafür, dass der populare Bruch in all seinen Konsequenzen durchzuführen sei (vgl. Rodríguez 2016: 64ff., dazu: Kap. V.1.a). Der andere, reformistische Flügel aber schreckt vor dem Konflikt mit dem Staat zurück und erwägt, ob der diskursiv postulierte Bruch mit dem Ist-Zustand nicht zu weit gehe, ob es nicht fruchtbarer sei, gemäßigtere, institutionell ausgerichtete Parteiprojekte zu lancieren.

Die Konfrontation mit der Ordnungsgewalt wird damit zur fast schon natürlichen Verlängerung des popularen Bruches, den der Empörungsdiskurs forciert. Ebnet die Krisenerfahrung diese Differenzierung bereits ein, weil diejenigen, die protestieren, eine milieuübergreifende ökonomische Verletzlichkeit teilen, so spitzt sich diese entdifferenzierende Erfahrung mit dem staatlichen Gewalteininsatz weiter zu. Wer an ein Upside-down-Szenario appelliert, begibt sich früher oder später in einen Konflikt mit dem Staat. In einer funktional differenzierten Gesellschaft wie der spanischen ist die Gewalt ein »durch und durch problematisches Ereignis« (Lindemann 2017: 79), weil sie mit dem Postulat bricht, dass man als Mitglied der Gesellschaft in eine Pluralität von Sinnwelten sozialisiert werde und keine »dieser Zusammenhänge den Erfahrungshorizont von Menschen vollständig vereinnahmen [könne]« (ebd.: 80). Diese Verletzlichkeit verunsichert nicht nur die Indignados, sie bestätigt ihre neue Gemeinschaft auch in somatischer Hinsicht. Auf dem Platz leisten alle gemeinsam Widerstand gegen eine gewaltförmige Ordnung (vgl. Butler 2016: 241). Als Gewaltopfer werden die Platzbesetzerinnen »in ihrem Erleben total vereinnahmt« (Lindemann 2017: 79), sie werden zum

55 Eine solche Analyse der Responsivität der hegemonialen Akteure gegenüber den Indignados liefert diese Studie nur ansatzweise (dazu: Kap. V.1.b, Kap. V.4.d, Kap. VII.2).

Anderen der Ordnung gemacht, als ein einheitliches Kollektiv mit den *Tiefenstrukturen der Hegemonie* konfrontiert.

Im gewaltförmigen Konflikt mit dem Staat wird nicht mehr nur ideologisch gestritten, es findet eine Infragestellung des »Ordnungswerts der Ordnung« (Popitz) statt, auf dem in letzter Instanz jede Hegemonie beruht (Kap. VI.4). Für die Kultur der Transition erweisen sich die Platzbesetzungen als eine basale Kritik; diese unterbricht die vorherrschende Raumordnung und stellt die Axiome einer entpolitisierten Zivilgesellschaft und eines dominanten politischen Systems in Frage. Der Ist-Zustand, das ist keine bloße Atmosphäre, die sich nach zwei oder drei Protestwochen grundsätzlich wandeln oder gar verschwinden würde, sondern eine machtvoll sedimentierte Ordnung, die auch dort noch wirksam bleibt, wo sie rhetorisch entmachtete wurde.

#### 4.4 Demokratie – ein strittiger und vorzeichnender Signifikant

Die Artikulation eines unterdrückten, aber sich als Souverän gerierenden Volkssubjekts, das als *pueblo* (Volk) signifiziert wird, der populäre Bruch mit dem Status quo und die damit einhergehende Konfrontation mit der sedimentierten Hegemonie der Transition, die Errichtung des Protestcamps der Plaça Catalunya als verdichtender Passagenpunkt der Proteste in Katalonien – all diese Elemente wären undenkbar ohne den zentralen Signifikanten des entstehenden Empörungsdiskurses. Die *Demokratie* ist der große Bezugspunkt, um den sich die Vorgängerbewegungen der Indignados, deren Manifeste und Forderungskataloge im Frühjahr 2011 und die gesichteten Protokolle des Barcelona-Camps drehen. Doch nach welcher Demokratie sich das »neue Volk« der Empörung überhaupt sehnt, das ist von Anfang strittig.

Zwei große Strömungen grenzen sich im Frühling 2011 voneinander ab: eine reformistische und eine direktdemokratische. Die erste Strömung kritisiert die bestehenden politischen Institutionen weniger grundsätzlich als vielmehr immanent. Das bestehende Wahlsystem müsse überarbeitet werden, um repräsentativer zu werden, die politischen Entscheidungsträger weniger Privilegien besitzen und einer härteren Kontrolle unterliegen, soziale Rechte nicht weiter beschnitten, sondern geschützt oder ausgebaut werden – so einige exemplarische Positionen der Reformistinnen. Sie diagnostizieren eine Legitimitätskrise der bestehenden Ordnung, ohne diese deshalb in ihrer Gänze abzulehnen. Im Fokus steht, dass es das politische System zu *regenerieren* gilt, damit dieses erneut seiner demokratischen Aufgabe der Repräsentation der Volkssouveränität, seines ökonomischen Prosperitätsauftrages und seiner wohlfahrtsstaatlichen Sicherheitsaufgaben gerecht wird.

Dieser immanente Verbesserungsanspruch zeugt von einer ungebrochenen Grundverbundenheit zur bestehenden Ordnung. Man empört sich weniger über den Ist-Zustand *in toto* als vielmehr über dessen Dysfunktionalität, darüber, dass das Versprechen auf solventes Regieren nicht eingelöst wird. An dieser Stelle lohnt es sich, die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Proteste zu bedenken. Viele Indignados gehören zu dem, was Carlos Taibo (2011: 54) eine abrupt »verarmte Mittelklasse« nennt. Es sind junge Menschen in den Zwanzigern und Dreißigern, die sich mitten in einer prekären ökonomischen Lage befinden und hinter den Lebensstandard der Elterngeneration zurückfallen. Eine Vorgängergeneration, die wohlweislich zwischen den 1960er und 2000er Jahren oft-